



Europa neu denken.



Anträge
zum außerordentlichen
Bundesparteitag in Berlin

26. Januar 2014, Arena Berlin

www.spd.de

Inhaltsverzeichnis

Antragsbereiche	Anträge	Seite
Europapolitik	Eu 1 – Eu 2	3 - 31
Themenübergreifende Anträge	Th 1 – Th 18	32 - 48
Wahlvorschläge (Parteivorstand)		49

Mitglieder der Antragskommission

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

Vorsitzender:	Olaf Scholz
Mitglieder:	Doris Ahnen Katrín Budde Michaela Engelmeier-Heite Peter Friedrich Hubertus Heil Aydan Özoguz Florian Pronold

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Ralf Stegner
LV Mecklenburg-Vorpommern	Brigitte Pleß
LO Hamburg	Inka Damerau
LO Bremen	Sarah Ryglewski
BZ Nord-Niedersachsen	Werner Hinck
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Stephan Klecha
BZ Braunschweig	Christos Pantazis
LV Sachsen-Anhalt	Falko Grube
LV Brandenburg	Christian Maaß
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Iris Gleicke
LV Sachsen	Henning Homann
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Jens Guth
LV Baden-Württemberg	Elfriede Behnke
LV Bayern	Marietta Eder

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen.

Die Antragskommission hat am 15. Januar beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß §22 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Europa

Antrag EU 1

Bezirk Hessen-Süd

Für ein neues Europa: Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand

1. Europa in der Sackgasse

Die Menschen wenden sich ab

5

Die Krise fegt über Europa hinweg und erschüttert seine Grundfesten – politisch, sozial und wirtschaftlich. Europas Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit ist seit Ausbruch der Weltfinanzkrise im Jahr 2007 um die Hälfte angestiegen, Arm und Reich sowie Nord und Süd driften auseinander. Gerade in den strauchelnden Eurostaaten Spanien, Portugal oder Griechenland findet eine längst nicht mehr für möglich gehaltene soziale Krise statt, die sich in der Zunahme von Armut, Lohnrückgang und Sozialabbau äußert. Mit zunehmenden sozialen Spannungen korrespondiert auch eine politische Destabilisierung in weiten Teilen unseres Kontinents. Rechts- und Linkspopulisten sind in Europa auf dem Vormarsch und erschweren die Verwirklichung pro-europäischer Mehrheiten. Schlimmer noch: Das Vertrauen der Menschen in die politische Klasse ist erschüttert. Die Ursachen hierfür sind zwar vielschichtig. Doch ein Trend ist unverkennbar: Das unzulängliche Krisenmanagement der EU-Staats- und Regierungschefs hat die Zahl der politisch Enttäuschten massiv erhöht. Doch Viele sind nicht nur von der Unfähigkeit zur Krisenbewältigung enttäuscht, sondern vielmehr auch vom Mangel an politisch-demokratischem Impetus schockiert. Wenn Bürokratien wie die Troika, ausgestattet mit einer unzureichenden demokratischen Legitimation, ganzen Ländern wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Vorschriften machen, demokratisch gewählte Regierungen von technokratischen Expertenkommissionen ersetzt werden oder die Spitzenvertreter europäischer Politik von marktkonformer Demokratie schwadronieren,

10

15

20

25

30

35

40

Für ein neues Europa: Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand

Empfehlung zurückgestellt bis zum außerordentlichen Bundesparteitag am 26.1.2014 in Berlin, im Hinblick auf einen Initiativantrag des Parteivorstandes zum Thema Europa.

45 wird das Vertrauen der Menschen erschüttert.
Die Konsequenz ist die Abkehr Vieler vom europäischen Projekt. Hoffnungslosigkeit breitet sich auf unserem Kontinent aus.

Europa als Quelle von Hoffnung

50 Europa war im Verlauf seiner Geschichte auch immer das politische Projekt der Hoffnung. Die Motive, sich dem europäischen Projekt anzuschließen sind dabei so vielfältig wie es die Staatenwelt und die Menschen in Europa sind. Je
55 nach Zeitenwende hat Europa immer wieder unterschiedliche Erwartungen der Menschen an eine bessere Welt wieder gespiegelt: Dauerhafter Frieden, die Befreiung von Militärdiktaturen, die Stabilisierung von Demokratie und Gerechtigkeit nach dem Ende des Kalten Krieges oder die
60 Chance, im Verbund mit anderen Staaten Globalisierung politisch gestalten zu können statt ihr ausgeliefert zu sein. Gerade die Notwendigkeit zur politischen Gestaltung der Globalisierung ist in den vergangenen
65 Jahrzehnten immer deutlicher zu Tage getreten. Die mit ihr einhergehenden Schwierigkeiten zeigen, dass die Fähigkeit der Nationalstaaten zur Problemlösung rapide schwindet. Die Bedeutung eines kooperierenden Europas für unser Aller
70 Zukunft nimmt deshalb Tag für Tag zu. Staatliche Monopole auf Gewalt und Steuerfestsetzung oder die wirtschaftspolitische Interventionsfähigkeit bröckeln, weil die Herausforderungen der Globalisierung keinen
75 Halt vor nationalen Grenzen machen. Auf sich alleine gestellt können Nationalstaaten keine Maßnahmen gegen Lohn- und Steurdumping, den Klimawandel oder die Auswüchse der Finanzmärkte ergreifen. Die Lösbarkeit immer
80 mehr politischer Aufgaben erfordert die Zusammenarbeit von Europas Staaten.

Europäische Integration vertiefen

85 Wie diese Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union (EU) gestaltet wird, gehört zu den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Klar ist: Ein Zurück zum Nationalstaat, wie von Rechts- und
90 Linkspopulisten gefordert, kann und wird es

nicht geben. Ein „Weiter – So“, das den Status quo erhält statt Reformen anzupacken, ist in Europa ebenso wenig möglich. Denn die noch aus dem Maastricht-Vertrag resultierenden

95 Konstruktionsfehler der Eurozone wurden durch die Weltfinanzkrise und der mit ihr verbundenen Folgen allzu deutlich: Das Fehlen einer echten Wirtschaftsregierung zur europaweiten

100 Rezessionsbekämpfung, fehlende Mechanismen gemeinsamen Schuldenmanagements und das System von Wettbewerbsstaaten, das wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zementiert, haben die Krise verschärft. Um Europa für die Zukunft krisenfest zu

105 machen, brauchen wir in der Eurozone und in der EU eine vertiefte Integration der Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denn Europa muss mehr sein als die Summe von in zentralen Fragen letztlich isoliert handelnden Staaten, die

110 lediglich der neoliberalen Wettbewerbsdoktrin um die niedrigsten Löhne, Steuern oder Sozialstandards folgen. Nur ein zusammenwachsendes Europa bietet die Chance, dem Dumpingwettbewerb auf Kosten Vieler und zugunsten Weniger einen Riegel vorzuschieben.

115

Europas falscher Umgang mit der Krise

120 Diese Chance hat Europa in der Vergangenheit zu wenig genutzt. Das war ein Fehler, der sich bei Ausbruch der Weltfinanzkrise bitter gerächt hat. Die Staaten Europas waren gezwungen, Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme aufzulegen. Infolge dieser Programme stieg die

125 staatliche Gesamtverschuldung in Europa gemessen an seiner Wirtschaftskraft zwischen 2007 und 2011 von 59 auf über 82 Prozent an. Die krisenbedingte Erhöhung der Staatsverschuldung forcierte Spekulationswetten

130 auf die Insolvenz einzelner Eurostaaten sowie auf das Auseinanderbrechen Eurozone insgesamt. Daher wurden nach Banken- und Konjunkturpaketen nun Rettungsschirme für ganze Staaten aufgespannt. Griechenland, Irland,

135 Portugal und Zypern erhielten Hilfs- und Garantiezusagen aus dem Eurorettungsschirm. Im Falle Italiens und Spaniens intervenierte die Europäische Zentralbank im Spätsommer 2011 durch ein gigantisches Aufkaufprogramm für

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

- 140 Anleihen dieser Länder. Im Sommer 2012 wurde zudem Spanien ein Bankenhilfsprogramm aus dem Eurorettungsschirm gewährt. Im Gegenzug für die erhaltenen Hilfen verpflichteten sich diese Länder zu einem radikalen Umbau ihres
- 145 Wirtschafts- und Sozialmodells. Die Aushöhlung von Tarifverträgen, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Einsparungen im Gesundheits- und Bildungswesen, vornehmlich niedrige und mittlere Einkommensschichten
- 150 belastende Steuer- und Abgabehöhen oder die Kürzung gesetzlicher Mindestlöhne bewirken, dass Millionen Menschen vor dem sozialen Aus stehen.
- 155 Merkels Politik verschärft die Krise
- Die Verantwortung hierfür tragen die Staats- und Regierungschefs unter Federführung von Angela Merkel. Ihr Krisenmanagement war katastrophal.
- 160 Ergebnislose Krisengipfel, nächtliche Verhandlungen hinter verschlossenen Türen sowie das Beharren auf nationalen Egoismen haben viel Zeit gekostet und die Krisenkosten unnötig in die Höhe getrieben. Während Europas
- 165 Bevölkerung auf Maßnahmen zur Lösung der Krise wartete, wurde aus einem vergleichsweise „kleinen“ Griechenland-Problem ein „großes“ Eurozonen-Problem. Statt die Probleme an der Wurzel anzupacken, versuchten Merkel und
- 170 Sarkozy mit Fall-zu-Fall-Lösungen Zeit zu gewinnen. Das Ziel dieser Politik war dabei nicht etwa eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung oder Krisenbewältigung, sondern der Versuch die deutsche und französische Finanzwirtschaft vor den Folgen etwaiger Staatspleiten zu
- 175 bewahren. Um diese Politik zu legitimieren, wurden die Weltfinanzkrise und ihre Folgen in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet und damit Ursache und Wirkung vertauscht. Ursache
- 180 zunehmender Staatsverschuldung war nach dieser Lesart nicht mehr die Weltfinanzkrise und die in deren Folge notwendig gewordenen Bankenrettungsprogramme, sondern die vermeintlich hohen Sozialausgaben in den
- 185 Krisenstaaten. Die Konsequenz dieser politischen Uminterpretation der Wirklichkeit liegt auf der Hand: Die seit 2010 gewählte Krisenbekämpfungsstrategie, die einseitige

190 Kürzung der Staatsausgaben, ist grundlegend falsch und verursacht soziale Folgekosten, die künftige Generationen noch zu tragen haben werden.

Europa kann auch anders

195

Die Auseinandersetzungen um die Finanzmarktregulierung haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Europa auch anders kann: Lösungsorientiert und dem Wohl der Menschen verpflichtet statt nationalen Egoismen verhaftet. Dabei spielt der Einfluss des Europäischen Parlaments eine gewichtige Rolle. Ohne das Parlament wäre Europa in Sachen Regulierung noch nicht so weit wie heute. Zwar gibt es Reformprojekte wie die Schaffung einer europäischen Ratingagentur oder die Festlegung von Verschuldungsobergrenzen für Hedge Fonds, die bis auf weiteres aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnissen in Europa nicht verwirklicht wurden. Doch gerade durch den Druck der Sozialdemokratischen Fraktion konnten wichtige Reformen und Maßnahmen wie das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels, die Deckelung von Bankerboni, strengere Eigenkapitalforderungen gegenüber Banken oder die Grundsteinlegung für die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, durchgesetzt werden. Auch die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit wäre ohne den vom Parlament auf die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission ausgeübten Druck nicht denkbar.

225

2. Mehr Demokratie in Europa wagen

Die Menschen zweifeln an Europas Demokratie

230

Die Auseinandersetzungen um die Finanzmarktregulierung zeigen, dass wir mehr Europa brauchen. Doch das darf nicht heißen, dass schlicht mehr Zuständigkeiten nach Brüssel verlagert werden. Europas vertiefte fiskal-, wirtschafts- und sozialpolitische Integration muss vielmehr an eine Parlamentarisierung sowie

235

240 Demokratisierung gekoppelt werden. Denn das
Zutrauen der Menschen in Europa kann nur
steigen beziehungsweise zurück gewonnen
werden, wenn seine Politik nicht ausschließlich
von Bürokratien und den Mitgliedstaaten
getragen wird, sondern in einer
parlamentarisierten und demokratisierten EU
245 erfolgt. Diese Demokratisierung ist dringend
erforderlich. Während sich vor der Krise die
Debatten um Europas Demokratie(defizite) um
eher technische Fragen wie das Stimmgewicht
der Mitgliedsländer im Ministerrat drehten, geht
250 es heute um sehr viel mehr: Immer stärker
zweifeln die Menschen die Substanz der
europäischen Demokratie an. Diese
Wahrnehmung hängt stark mit der Art und Weise
des Zustandekommens bisheriger Hilfspakete aus
255 dem Eurorettungsschirm zusammen: Staats- und
Regierungschefs handeln sie hinter
verschlossenen Türen aus – anschließend werden
die Pakete durch die nationalen Parlamente
durchgepeitscht. Raum für öffentliche Debatten
260 besteht nicht.

Europäische Kommission zu einer politischen
Regierung ausbauen

265 Das intransparente Vorgehen der Eurostaaten
verdeutlicht, dass wir eine Demokratisierung
europäischer Wirtschaftspolitik brauchen. Der
Euro ist zu wichtig, als dass er ausschließlich
nationalen Egoismen folgenden Regierungen
270 überlassen werden dürfte. Deshalb fordern wir
die Schaffung einer europäischen
Wirtschaftsregierung, die Schluss macht mit dem
Schachern der Staats- und Regierungschefs um
nationale Vorteile, mit einer Stimme spricht, für
275 die Interessen Europas eintritt und bei der
Europäischen Kommission angesiedelt ist.
Voraussetzung dafür muss jedoch sein, dass die
Kommission von einem Expertengremium zu
einer echten politischen Regierung umgebaut
280 wird. Dazu gehört, dass der
Kommissionspräsident künftig nicht mehr von
den Staats- und Regierungschefs ernannt wird,
sondern sich dem Votum der Bürgerinnen und
Bürger stellt. Deshalb begrüßen wir die
285 Initiativen der europäischen Parteien
beziehungsweise Parteienfamilien, bei der

Europawahl 2014 je einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufzustellen, der sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bewirbt.

290 Der Präsident muss auch sein Team selbst zusammenstellen dürfen. Es muss daher Schluss sein mit dem Prinzip, dass die

295 Kommissionsmitglieder von den Mitgliedstaaten ernannt werden. Europäisches Gemeinwohl vor nationalen Egoismen muss das künftige Credo bei der Besetzung der Kommission lauten.

Europäisches Parlament stärken

300 Die Politisierung der Europäischen Kommission ist ein Baustein zur Demokratisierung der EU. Wichtiger jedoch ist die Stärkung des Europäischen Parlaments als einzige, unmittelbar von der Bevölkerung gewählte Institution der

305 EU. Sie genießt daher eine stärkere Legitimation als der Ministerrat beziehungsweise der Rat als Vertreter der rein nationalstaatlichen Interessen. Dieser Umstand erklärt auch, warum die Mitgliedstaaten immer wieder versuchen, den

310 Einfluss des Parlaments einzudämmen. Das Parlament hingegen erstritt sich im Laufe seiner Geschichte immer wieder Kompetenzen und Gestaltungsrechte: Mitte der 1980er mussten die Mitgliedstaaten das Parlament an der

315 Binnenmarkt-Gesetzgebung beteiligen. Anfang der 1990er wurde das Parlament durch das Mitentscheidungsverfahren gleichberechtigter Co-Gesetzgeber der Mitgliedstaaten. Diese Methode, heute ordentliches

320 Gesetzgebungsverfahren genannt, wurde durch den Vertrag von Lissabon auf nahezu jeden EU-Politikbereich ausgeweitet. In für die EU substanziellen Fragen wie dem Budget, der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten oder der

325 Ratifikation von Handelsabkommen hat sich das Parlament Stück für Stück Entscheidungskompetenzen erkämpft. Heute gilt es, gerade angesichts der Krise, die Kompetenzen des Parlaments weiter auszuweiten

330 und seine legislative wie politische Rolle zu stärken. Das muss auch die weitere Demokratisierung des gesetzgeberischen Zusammenspiels von Europäischer Kommission, Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament

335 umfassen: Das ordentliche

Gesetzgebungsverfahren muss auf jeden Politikbereich der EU, also auch auf die Steuer- oder Außenpolitik angewandt werden. Parlament und Ministerrat müssen zu zwei
340 gleichberechtigten Gesetzgebungskammern mit jeweils eigenem Initiativrecht werden. Wir wissen, die Demokratisierung der EU wird bei den Mitgliedsstaaten und den Gegnern Europas auf massiven Widerstand stoßen. Doch die
345 Bürgerinnen und Bürger Europas wollen mehr Demokratie wagen. Deshalb scheuen wir auch nicht die Einberufung eines neuen Konvents, falls primärrechtlich notwendige Reformen auf dem Weg zu einem demokratischeren Europa
350 erforderlich sein sollten.

3. Das Soziale Europa schaffen

Neues Europäisches Sozialmodell
355 Europa muss nicht nur demokratischer, sondern auch sozialer werden. Denn nicht nur in den Krisenstaaten und nicht nur seit Ausbruch der Krise werden soziale Errungenschaften in Frage
360 gestellt. Die Lohnquoten sinken überall in Europa. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. In allen EU - Staaten expandiert der Niedriglohnsektor, die atypische Beschäftigung wird für immer mehr
365 Menschen zum Normalfall. Die Arbeitslosigkeit erreicht Höchststände und der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Alterssicherung ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Europa gelingt es immer weniger,
370 ökonomischen und sozialen Fortschritt in Einklang zueinander zu bringen. Dieser Herausforderung können wir nur begegnen, wenn wir eine Erneuerung und zum Teil auch
Neuerfindung des Europäischen Sozialmodells
375 anstoßen. Dazu gehört das politische Bekenntnis zum Ziel der Vollbeschäftigung, der Kampf um eine gerechte Verteilung des Wohlstands, die Zurückdrängung atypischer Beschäftigung, die Einführung europäischer Mindestlohnstandards,
380 eine von den Gewerkschaften getragene Europäisierung der Tarifpolitik und die Schaffung einer sozialen Fortschrittsklausel. Europas Staaten müssen zudem einen Sozialen Stabilitätspakt bilden und durch gemeinsame,

385 koordinierte Anstrengungen ihre Systeme der
sozialen Sicherung zukunfts- und krisenfest
machen. Dienstleistungen von allgemeinem
Interesse müssen durch die öffentliche Hand
erbracht werden. Eine Gesellschaft ohne
390 wirkungsvolle öffentliche Daseinsvorsorge
rechnet sich für die Mehrheit nicht. Umso
entschiedener lehnen wir daher jedwede Pläne
auf europäischer Ebene, die zur Privatisierung
der Trinkwasserversorgung führen könnten, ab.

395 Auch für Europa gilt: Lohnpolitik ist Sache der
Tarifpartner

400 Die Koordinierung der Lohnpolitik in Europa ist
im Zuge der Krise immer stärker in den
Mittelpunkt öffentlicher Diskurse getreten.
Gerade mit Blick auf die innerhalb der Eurozone
bestehenden Ungleichgewichte zwischen
Exportüberschussländern und
405 Exportdefizitländern wird eine stärkere
Einbeziehung der Lohnpolitik zum Abbau
derselben gefordert. Doch das überfordert die
Lohnpolitik. Dabei wird häufig so getan, als
handele es sich bei lohnpolitischen Fragen
410 lediglich um eine technische Variable der
Wirtschaftspolitik und nicht um einen Prozess
der Verhandlung zwischen Arbeit und Kapital.
Doch Lohnpolitik, gerade auch im europäischen
Kontext, ist für uns integraler Bestandteil der
415 Tarifautonomie und damit allen voran Sache der
Sozialpartner. Auch deshalb fordern wir, dass die
im Rahmen des so genannten Europäischen
Semesters durch die Europäische Kommission
abgegebenen lohnpolitischen Empfehlungen
420 nicht zu verbindlichen Vorgaben
weiterentwickelt werden dürfen. Sie müssen auf
jeden Fall Empfehlungscharakter behalten. Was
wir statt einer falsch verstandenen
Europäisierung der Lohn- oder Wirtschaftspolitik
425 dringend benötigen ist eine Stärkung der
Tarifautonomie auf europäischer Ebene. Dazu
gehört für uns, die Vielfalt nationaler
Tarifverhandlungsmodelle zu respektieren, vor
Gleichmacherei Distanz zu wahren und
430 Europäisierungsbemühungen der
Gewerkschaften zu unterstützen. Auch deshalb
begrüßen wir den Beschluss des europäischen
Dachverbandes der Industriegewerkschaften

435 industriALL, sich an einer gemeinsamen Lohnkoordinierungsformel zu orientieren und Tarifsteigerungen anzustreben, die im jeweiligen Mitgliedstaat mindestens die Inflationsrate sowie die Produktivitätssteigerung ausgleichen.

440 Lohndumping europäisch bekämpfen

445 Lohnpolitik im europäischen Verbund muss auf jene Faktoren einwirken, die jenseits der konkreten Tarifpolitik Druck auf die Lohnquote ausüben. Gerade in Ländern mit rückläufiger oder stagnierender Lohnentwicklung wirken sich atypische Beschäftigung wie Leiharbeit oder überhaupt die Ausdehnung des Niedriglohnssektors negativ auf die Löhne aus.

450 Hierbei zeigt sich häufig, dass Europa zwar Probleme bereits erkannt und effektive Regulierungsinstrumente geschaffen hat, deren Umsetzung jedoch auf nationalstaatlicher Ebene blockiert werden. So zum Beispiel auch bei der

455 2008 verabschiedeten EU-Leiharbeitsrichtlinie, deren Umsetzung Schwarz-Gelb in Berlin ablehnt. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit bei Leiharbeitnehmern und Stammbeschäftigten wird somit verhindert. Lohndumping ist auch

460 jenseits des Leiharbeitssektors ein den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdendes Problem. Dabei zeigt sich immer wieder, dass Unternehmen gerade bei grenzüberschreitenden Aktivitäten jedes sich bietende Schlupfloch

465 nutzen, EU-Instrumente gegen Lohndumping wie zum Beispiel die Entsenderichtlinie zu umgehen. Bei der Schließung solcher Schlupflöcher ist der

470 deutsche Gesetzgeber gefragt. Um derlei Praktiken das Wasser abgraben zu können, ist dringend der nationalstaatliche Gesetzgeber gefragt. So ist es beispielsweise in Deutschland höchste Zeit, einen allgemein verbindlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen. Mittelfristig

475 müssen wir einen Schritt weiter gehen und um einen europäischen Mindestlohn streiten, der sich am nationalen Durchschnittslohn des jeweiligen Mitgliedslandes orientiert und zu Beginn 60 Prozent desselben betragen sollte.

480 Sozialen Stabilitätspakt in Europa einführen

Wir müssen in Europa Mechanismen
gemeinsamer Sozialstaatlichkeit schaffen. Dabei
485 kann es nicht darum gehen, Gleichmacherei zu
betreiben: Jedes Land in Europa hat seine eigene
Sozialstaatsgeschichte und -tradition. Das gilt es
zu respektieren. Doch wir müssen uns ein
gemeinsames Koordinatensystem geben. Auf der
490 einen Seite gilt es konkrete Gesetzgebung auf
EU-Ebene zu gestalten, die zum Beispiel wie die
Arbeitszeitrichtlinie in Belangen des
Arbeitsschutzes oder der Gesundheit europaweite
Mindeststandards festlegt. Hierzu gehört auch
495 die primärrechtliche Verankerung einer sozialen
Fortschrittsklausel, die klarstellt, dass soziale
Grundrechte gleichrangig mit den
Binnenmarktfreiheiten sind. Auf der anderen
Seite müssen wir langfristig verbindliche
500 Koordinierungsmechanismen schaffen, die die
Sozialausgaben europäischer Staaten auf einen
gemeinsamen Pfad bringen. Europa sollte sich
daher auf Bandbreiten einigen, innerhalb derer
die Gesamtaufwendungen für Alter, Gesundheit,
505 Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und andere
Sozialleistungen je nach Wirtschaftskraft eines
Landes schwanken dürfen. Diese Einigung muss
in einem Sozialen Stabilitätspakt verankert
werden.

510 Wirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen

In seinem solidarischen Europa darf es keinen
unsolidarischen Wettbewerb geben. Ein
515 wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel ist
deswegen unumgänglich. Zunehmend geraten
ganze Volkswirtschaften innerhalb des
europäischen Binnenmarktes aus der Balance,
weil Konsum und eigene Produktion nicht mehr
520 im Verhältnis stehen. Verbraucht eine
Volkswirtschaft dauerhaft mehr, als sie
produziert, verschuldet sie sich zwangsläufig
gegenüber dem Ausland. Kreditverpflichtungen
können aber nur erfüllt werden, wenn die
525 eigenen Produkte dort auch Absatz finden. Ist
fairer Wettbewerb mangels gemeinsamer Lohn-
und Steuerpolitik ausgeschlossen sind
unausgeglichenen Handelsbilanzen
vorprogrammiert. Die gefeierte Rolle als
530 „Exportweltmeister“ und die Handelsdefizite
südeuropäischer Staaten sind insoweit zwei

Seiten einer Medaille, die ihren Ursprung in Steuer-, Lohn- und Sozialdumping haben.

- 535 Die gravierenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte müssen abgebaut werden, weil sich Europa andernfalls zur Transferunion verfestigt, in der Schuldenschnitte zur Tagesordnung gehören. Hierzu bedarf es gemeinsamer Standards in der Lohn- und Steuerpolitik, wie beispielsweise einen europäischen Mindestlohn, der sich am Preisniveau der Mitgliedsstaaten orientiert sowie gemeinsamer Besteuerungsgrundlagen und
- 540 Mindeststeuersätze. Dazu braucht es aber auch den Mut zur praktischen Umsetzung eines volkswirtschaftlichen Stabilitätspaktes, der Außenhandelsbilanzdefizite wie -überschüsse gleichermaßen beschränkt. Nicht die Verfassung
- 545 der zuletzt immer strenger regulierten öffentlichen Haushalte allein ist das Problem, sondern die Verfassung öffentlicher und privater Haushalte insgesamt.

555 **4. In Europas wirtschaftliche Zukunft investieren**

Europa fällt wirtschaftlich zurück

- 560 Die Krise gefährdet die wirtschaftliche Substanz Europas. In den vergangenen Jahren ist Europa gegenüber vergleichbaren Wirtschaftsräumen zurückgefallen. Vorhandene Strukturschwächen wie eine unzureichende Steuerverwaltung
- 565 gepaart mit den harten Sparauflagen der Troika und Spekulationsattacken der Finanzmärkte, haben gerade die Krisenstaaten ins wirtschaftliche Abseits manövriert. Die ökonomische Situation ist dramatisch: Seit
- 570 Ausbruch der Krise haben mehr als sechs Millionen Menschen in den Krisenländern ihren Job verloren, die Wirtschaftskraft ist um circa 50 Milliarden Euro gesunken. Besonders gravierend ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, die
- 575 sich seit Krisenbeginn mehr als verdoppelt hat. Sie beraubt dabei nicht nur eine ganze Generation ihrer Hoffnungen und Perspektiven, sondern bedroht auch die wirtschaftliche Zukunft insgesamt. Diese negative Entwicklung wird
- 580 über kurz oder lang auch auf jene Länder

durchschlagen, deren Wirtschaft sich durch starke industrielle Kerne auszeichnet. Denn: Europas Volkswirtschaften sind über Absatz- und Zulieferkanäle sehr eng miteinander

585 verflochten. Die Krise des Einen wird auf Dauer auch zur Krise des Anderen. So setzt zum Beispiel Deutschland knapp 60 Prozent seiner Exporte in Europa ab, während es einen beträchtlichen Teil seiner für die industrielle

590 Wertschöpfung verwendeten Vorleistungen aus europäischen Ländern bezieht. Aus diesem Grund sind auch die Grundlagen des industriell ausgerichteten und auf Exporten basierenden Wirtschaftsmodells in Deutschland gefährdet,

595 wenn die Wirtschaftskrise nicht rasch überwunden wird. Auch deshalb benötigt Europa dringend ein Wachstumsprogramm, das 0,5 Prozent der jährlichen europäischen Wirtschaftskraft betragen und auf fünf Jahre

600 angelegt sein sollte. Die Finanzierung des Programms muss dabei auf drei Säulen beruhen: Auf dem EU-Budget (insbesondere den Strukturfonds, den Europäischen Sozialfonds sowie die Forschungsförderung), den zu

605 erwartenden Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie einer Erhöhung der Eigenkapital-Ausstattung der Europäischen Investitionsbank (EIB).

610 Die Ausrichtung des Programms

Ein Wachstums- und Investitionsprogramm für Europa muss unter effizientem Einsatz der Mittel seine Wirkung kurzfristig entfalten, auf

615 wirtschaftliche Projekte setzen, vor allem kleine und mittlere Unternehmen stärken, Unternehmensgründungen forcieren sowie Innovationen, Forschung und Entwicklung fördern. Gesamtwirtschaftliche Nachhaltigkeit und betriebswirtschaftliche Wirtschaftlichkeit müssen Leitplanken des Programms sein.

620 Kurzlebige, auf Pump finanzierte Konjunkturmaßnahmen, die keinerlei dauerhafte Wachstumsspuren hinterlassen, helfen nicht

625 weiter. Vielmehr muss es gelten, industrielle Kerne zu stärken und Leitmärkte der Zukunft zu erschließen. Dabei muss Europa jenseits von Lohn- und Sozialdumpingprozessen seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, wirtschaftliche

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

630 Strukturen verbessern und die Wertschöpfung erhöhen. Zur Erreichung dieser Ziele muss Europa sich an seinen ökonomischen Herausforderungen orientieren. Zwar sind die europäischen Volkswirtschaften aufgrund

635 historischer Entwicklung und wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung in ihren Strukturen sehr unterschiedlich und vielfältig. Doch die Herausforderungen sind weitgehend dieselben: Ressourcenknappheit,

640 Globalisierung der Arbeitsteilung, Demographischer Wandel und der Trend zu Wissensbasiertem Wachstum. Ein erfolgreiches Wachstumsprogramm muss auf diese Herausforderungen zugeschnitten sein.

645

Schwerpunkte des Programms

Die wichtigsten Voraussetzungen für dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum sind von Europas

650 Unternehmen verwirklichte Produktinnovationen und Effizienzsteigerungen. Beides kann nur durch massive Anstrengungen in Forschung und Entwicklung gelingen. Hier kommt gerade der Grundlagenforschung, die in besonderem Maße

655 auf öffentliche Förderung angewiesen ist, eine zentrale Rolle zu. Umso heftiger kritisieren wir, dass die EU-Mitgliedstaaten in ihrem Entwurf für die mittelfristige Haushaltsplanung von 2014 bis 2020 eine Kürzung der Forschungsausgaben

660 vorsehen. Das gilt es zu korrigieren.

Die Triebfedern des Wachstums beruhen neben der unternehmerischen Innovationsfähigkeit auf einer zweiten Säule: Den Fähigkeiten und

665 Fertigkeiten der Menschen. Daher kommt beruflicher Qualifikation in Wissensbasierten Volkswirtschaften, gerade auch angesichts des Demografischen Wandels, eine Schlüsselrolle zu. Umso dramatischer ist die katastrophale

670 Arbeitsmarktsituation, gerade auch mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit, in Krisenländern wie Spanien oder Griechenland. Um diese Zukunftsgefahr bereits heute zu bekämpfen, fordern wir die Schaffung einer Europäischen

675 Jugendgarantie: Jeder Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren soll spätestens vier Monate nach Abschluss der Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes einen Beschäftigungs-,

680 Ausbildungs-, oder Weiterbildungsplatz erhalten.
 Das Europäische Parlament und der EU-
 Ministerrat haben sich für die Einführung einer
 europaweiten Jugendgarantie ausgesprochen.
 Wir fordern daher die Mitgliedstaaten dazu auf,
 im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung
 685 2014 bis 2020 hinreichend Mittel zur
 Verwirklichung dieser Initiative bereitzustellen.
 Eckdaten des Förderpakets sollten sein: Aus- und
 Weiterbildung, geeignete Fördermaßnahmen für
 arbeitslose Jugendliche, grenzübergreifende Aus-
 690 , Weiterbildungs-, und Arbeitsvermittlung mit
 Finanzierung von Sprachkursen und Hilfe bei
 Anpassung an neue Lebensverhältnisse.

695 Der dritte Schwerpunkt des Programms muss die
 gezielte Förderung von klein- und
 mittelständischen Unternehmen sein. Vor allem
 sie sind es, die Innovationsprozesse anstoßen und
 einem Großteil der Menschen in Europa Arbeit
 bieten. Doch gerade in den Krisenstaaten werden
 700 hochproduktive Unternehmen zu Opfern einer
 Kreditklemme. Deshalb müssen wir dringend,
 beispielsweise im Rahmen von Programmen der
 Europäischen Investitionsbank, die
 Betriebsmittelfinanzierung ankurbeln,
 705 Unternehmensgründungen fördern und die
 Kreditvergabe gerade an exportorientierte,
 konkurrenzfähige Unternehmen ausweiten.

5. Unser Europa

710 Die Verursacher der Krise sind nicht die
 Menschen in Athen, Dublin oder Berlin, sondern
 die Akteure an den Finanzmärkten. Daher ist das
 wirkungsvollste Instrument gegen die Krise eine
 715 umfassende Regulierung der Finanzmärkte auf
 EU-Ebene. Doch hiervon unbenommen hat die
 Krise die Schwächen Europas offenbart. Der
 Mangel an gesamteuropäischer Demokratie, die
 einseitige Fixierung Europas auf wirtschaftliche
 720 Fragen bei gleichzeitiger Vernachlässigung des
 Sozialen und die strukturellen, innereuropäischen
 Ungleichgewichte, haben unserem Kontinent in
 den vergangenen Jahren arg zu gesetzt. Diese
 Schwächen zu überwinden und Europa
 725 grundlegend zu reformieren, wird die
 Herausforderung der kommenden Jahre sein.
 Unser Ziel dabei: Ein Europa mit gemeinsamer

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

730 Wirtschaftspolitik, das stärker zusammen wächst, sozialer sowie demokratischer wird und den Anspruch hat, die Globalisierung gerecht zu gestalten.

Antrag EU 2

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

5 Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament zum achten Mal direkt gewählt. Diese Wahl fällt in die wohl schwierigste Phase der Europäischen Integration seit ihren Anfängen in den 1950er Jahren. Die Krise der Staatsrefinanzierung im Euroraum, die aus der globalen Banken- und Finanzkrise folgte, hat die wirtschaftliche und soziale Spaltung in der EU

10 im Eiltempo vertieft und das Vertrauen in die EU insgesamt erschüttert. Niemals zuvor stand die Europäische Union vor einer solchen Bewährungsprobe. Die EU steht am Scheideweg.

15 Konservative Regierungen unter der Führung von Angela Merkel haben gemeinsam mit einer konservativ-liberalen Europäischen Kommission, die sich auf eine rechte Mehrheit im Europäischen Parlament stützt, ein verheerendes

20 Austeritätsprogramm über Europa gebracht. Sparzwang ist zum Fetisch geworden und mit dem Fiskalpakt sogar zwingendes Verfassungsrecht. Die Folge waren und sind Rezession und Massenarbeitslosigkeit gerade in

25 Südeuropa.

30 Besonders verheerend ist die Situation für junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in vielen Ländern ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. In den Ländern der EU herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von über 23 Prozent. Vor fünf Jahren lag Nord-Süd in der

35 Arbeitslosigkeit gleichauf, heute ergibt sich eine Spreizung von 7,5%. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist von 2009 bis 2012 von 3 auf 4,6% gestiegen. Derzeit gibt es in der EU über 5,5 Millionen junge Menschen, die

Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

Empfehlung zurückgestellt bis zum außerordentlichen Bundesparteitag am 26.1.2014 in Berlin, im Hinblick auf einen Initiativantrag des Parteivorstandes zum Thema Europa.

40 vergeblich versuchen eine Ausbildung zu finden
oder in ihr Berufsleben zu starten. Und dies sind
nur diejenigen, die überhaupt nichts finden, viele
mehr stecken in Praktika, Werkverträgen und
anderen Warteschleifen fest. Besonders
45 bedrückend ist die Situation in Spanien,
Griechenland und Kroatien mit über 50 Prozent
Jugendarbeitslosigkeit. Aber auch in Italien,
Zypern, Portugal und der Slowakei liegt die
Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent.
50 Damit fehlt einem Großteil unserer Generation
eine Perspektive für ihre Zukunft. Oft sind die
jungen Arbeitssuchenden gut ausgebildet, hoch
motiviert und wollen mit viel Engagement in ihr
Berufsleben starten, doch sie bekommen keine
55 Chance dazu. Europa droht eine verlorene
Generation. Und damit droht auch das
Auseinanderfallen Europas.

60 Gerade in den Ländern des Südens und Ostens
waren Vermögen und Besitz bereits zu Beginn
der Krise 2008 deutlich ungleicher verteilt als in
skandinavischen Ländern und beispielsweise
Deutschland. Aber auch in westeuropäischen
Ländern, die auf Kosten der anderen profitieren,
65 steigt die Ungleichverteilung der Einkommen
und Vermögen. D.h. es ist nicht die komplette
Bevölkerung innerhalb dieser Staaten die von der
Krise profitieren, sondern die Reichen in ganz
Europa auf dem Rücken der meisten
70 Beschäftigten und der sozioökonomisch
Schwachen.

Es steht viel auf dem Spiel bei der Europawahl,
gerade für junge Menschen. Vielleicht mehr als
75 je zuvor. Wir wissen auch, dass der Weg zurück
ins nationalstaatliche Denken des 20.
Jahrhunderts kein Ausweg ist. Deswegen
kämpfen wir für ein anderes Europa.

80 **1. Wir wollen ein Europa, das
Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, und nicht
verschärft!**

Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen
85 Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf es
nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch
europaweite Investitionsprogramme. Dabei
reichen kurzfristige Strohfeuer nicht aus.

90 Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf
 hohem Niveau angleichen, etwa um damit
 Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder
 im Bereich nachhaltiger Energie sicherstellen zu
 können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten
 derzeit nicht möglich, deswegen müssen
 95 Wachstumsimpulse auch von der europäischen
 Ebene gemeinschaftlich organisiert werden.

Wir fordern:

- 100 • Weg mit der Sparpolitik - her mit den
 nachhaltigen Investitionen: die EU-
 Staaten müssen aus dem Würgegriff der
 Austerität befreit werden und
 Spielräume für Investitionen in
 105 Infrastruktur und Bildung sowie für
 Konjunkturprogramme erhalten.
- einen **Europäischen Zukunftsfonds**
 ein, der unabhängig von
 nationalstaatlichen Quoten und
 110 Interessen der einzelnen Regierungen
 Projekte und Maßnahmen in Europa
 fördert und selber anschiebt. Dieser
 Zukunftsfonds soll dem europäischen
 Parlament unterstellt werden und die zu
 115 beschließenden Ziele
 Verteilungskriterien und Organisation
 selbstständig umsetzen. Vordringlich
 sind dabei Investitionen in die
 energetische Gebäudesanierung,
 120 erneuerbare Energien, energiesparende
 Maschinen und Anlagen,
 grenzüberschreitende
 Infrastrukturprojekte sowie moderne
 und Umwelt schonende
 125 Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße
 sind auch flächendeckende soziale
 Dienstleistungen, der Ausbau von
 Kindergärten, Schulen, Hochschulen
 und Forschungsinstituten ebenso wie
 130 Integrationsprojekte als
 Zukunftsaufgaben zu begreifen.
 Ebenfalls mit Mitteln aus dem
 Europäischen Zukunftsfonds werden
 kleine und mittelständische Betriebe,
 135 die ausbilden, finanziell gefördert.
 Außerdem werden Gründungszuschüsse
 und steuerliche Anreize für

140 Unternehmen-Neugründungen
gefördert.

145 • **Umsetzung und Erweiterung der
europäischen Ausbildungsgarantie
(Youth Guarantee).** Die
Ausbildungsgarantie soll zukünftig
schon nach zwei und nicht erst nach vier
150 Monaten vergeblicher Suche greifen.
Darüber hinaus sollte sie nicht nur den
155 jungen Menschen bis 24 Jahren, sondern
allen bis zum dreißigsten Lebensjahr
offen stehen. Die Unterstützung durch
160 die EU für die zuständigen
Mitgliedsstaaten darf nicht durch
weitere Sparauflagen bedingt sein. Ziel
der Programme muss es sein
165 Jugendliche direkt in Arbeit und
qualifizierende Ausbildung zu bringen.
Wenn dafür kein ausreichendes Angebot
geschaffen werden kann muss es darum
gehen, ihre Qualifikation zu erhalten
und Weiterbildung anzubieten, dabei
170 darf es aber nicht um bloße
Beschäftigung gehen, um sie aus den
Statistiken streichen zu können. Jedes
Angebot muss eine neue berufliche
Perspektive eröffnen. Des Weiteren
bedarf es einer direkten Finanzierung
von Programmen für Schul-
/AusbildungsabbrecherInnen.

170 **2. Wir wollen ein Europa, das
Arbeitsbedingungen verbessert und nicht
verschlechtert**

175 In der Vergangenheit hat die EU häufig die
Deregulierung des Arbeitsmarktes gefördert
anstatt Garant eines sozialen Europas zu sein.
Das Binnenmarktsargument wurde häufig gegen
Arbeitnehmerrechte in Stellung gebracht und die
Recht von Gewerkschaften beschränkt. Wir
wollen aber eine Europa, das seine rechtlichen
180 Möglichkeiten ausschöpft und die sozialen
Rechte und Rechte der Beschäftigten auf dem
ganzen Kontinent verbessert.
Daher fordern wir:

185 • gleicher Lohn für gleiche Arbeit: die in
Kapitel IV der Charters der Grundrechte

190	der EU festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützung, Zugang zur Gesundheitsversorgung) müssen für alle BürgerInnen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden.
195	Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit
200	gelten! Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei eine Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei bleiben wir bei unserer Forderung , dass ein
205	europäischer Mindestlohn kurzfristig 50 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig
210	60% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.
	<ul style="list-style-type: none"> • mehr Mitbestimmung wagen: die gemeinsamen Mitbestimmungsrechtes für ArbeitnehmerInnen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass
215	multinationale Konzern die ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen
220	starke europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.
225	3. Wir wollen eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik in Europa
230	Einer der Geburtsfehler des Euro stellt die Beibehaltung der nationalen Wirtschaftspolitik dar. Während keine Kompetenzen zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen seitens der Europäischen Union vorhanden waren, konnten sich durch die Import- oder Exportorientierung einzelner Staaten ein Ungleichgewicht in der
235	Euro-Zone entwickeln, dass mittel- und

langfristig den Bestand der gemeinsamen Währung gefährden würde. Die wettbewerbspolitische Ausrichtung der EU macht auch vor den Steuersystemen der

240 Mitgliedsstaaten nicht halt. Viele EU-Länder haben sich einen Steuersenkungswettbewerb sondergleichen geliefert und Steuerschlupflöcher geschaffen, um damit Investoren und

245 Unternehmen anzuziehen, in der Hoffnung, dass sie mit großen Investitionen davon profitieren können. Gleichzeitig wurde zunehmend eine Politik der Ausgabenkürzung betrieben, so dass viele Staaten ihre Aufgaben, wie Investitionen in

250 Bildung, Infrastruktur, etc. nicht mehr nachkommen konnten. Immer wieder wird hier die Entwicklung des durchschnittlichen Körperschaftssteuersatzes in der EU thematisiert: dieser hat sich im Zeitraum von 1995 bis 2013 um ca. 13 % gesenkt – mit großen

255 Auswirkungen! Unternehmen haben sich – mit Unterstützung der EU Mitgliedsstaaten –immer weiter bei der Finanzierung von essentiellen gesellschaftspolitischen Aufgaben aus der Verantwortung gestohlen. Generell kann der

260 Trend in der EU beobachtet werden, dass mobiles Kapital weitaus weniger besteuert wird, wie immobiles, also auch der Faktor Arbeit. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen bekommen wir immer weiter zu spüren und trifft das

265 Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Den öffentlichen Kassen fehlt hinten und vorne Geld und auch die EU gerät zunehmend unter Finanzierungsdruck.

270 Steuern sind das zentrale Element, um den Staat und auch die Europäische Union handlungsfähig zu machen. Die steuerpolitische Konkurrenz und Steuerschlupflöcher in einigen Ländern der EU müssen ein Ende haben. Die unterschiedlichen

275 Steuersysteme bedürfen einer gemeinsamen Europäischen Koordinierung und brauchen einen klaren regulativen Rahmen. Das Ziel für uns Jusos ist die Harmonisierung der Steuersysteme. Die EU soll eine Gemeinschaft sein, in der nicht

280 das „race-to-the-bottom-Prinzip“ sondern die Solidarität der leitende Wert für das handeln der Mitgliedsstaaten ist.

285 Dazu fordern wir:

- Die Verlagerung der Kompetenzen im Rahmen der Wirtschaftspolitik an das Europäische Parlament.
- 290 • Die Kompetenz des Europäischen Parlaments, Mindeststandards zu definieren, um sowohl unverhältnismäßige Niedriglohnpolitik, als auch für den Binnenwettbewerb schädliche Steuerpolitik zu verhindern.
- 295 • Die Bereitstellung von Mitteln zusätzlich zu den Strukturfonds, um: die Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 3% des BIP umzusetzen, die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den regionalen Bedürfnissen anpassen zu können und im Falle regionaler Krisen durch
- 300 Elemente wie ein Europäisches Kurzarbeitergeld regionale Konjunkturpakete aufstellen zu können
- Den **Steuersenkungswettbewerb und Steuerschlupflöcher** in der EU müssen
- 305 konsequent geschlossen und bekämpft werden. Dazu gehört zunächst einmal, dass Arbeit im Vergleich zu Kapital nicht stärker besteuert werden darf. Zusätzlich bedarf es europaweiter
- 315 Mindeststeuersätze
Begründung: Nur mit diesem Instrument können wir wirksam den Steuersenkungswettbewerb schließen.
- Somit müssen Unternehmen wieder
- 320 stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben herangezogen werden!
Deshalb bedarf es einer **einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer**.
- Weiterhin setzen wir uns für eine
- 325 **gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Vermögenssteuer** innerhalb der EU ein.
- Dass das **europäische Parlament durch direkte Steuern aus den Mitgliedsländern** gestärkt wird.
- 330 Zunächst muss die Finanztransaktionssteuer zu einer

335 direkten Einnahmequelle für den europäischen Haushalt werden, im zweiten Schritt müssen weitere Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der Mehrwertsteuer in Bruchteilen der Fall ist.

340

4. Wir wollen ein Europa, das Privatisierungen verhindert!

345 Ob Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Krankenhäuser, immer öfter bestimmen Richtlinien aus Brüssel wie die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gestaltet wird. Dabei ist für uns klar: wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu notwendigen Gütern und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben.

350

Deshalb fordern wir:

355

- den Schutz kommunaler Daseinsvorsorge durch europäisches Wettbewerbsrecht.

360

- eine bezahlbare und bedarfsgerechte **Grundversorgung** für alle Menschen
- regionale Strategien gegen Privatisierung und für **Rekommunalisierung**

365

- Anders als die Marktfreiheiten besitzen soziale Rechte bislang keinen Verfassungsrang. Die Freiheiten stellen außerdem "hartes Recht" dar, während die Pflichten europarechtlich gesehen nur "weiches Recht" darstellen. Das muss sich ändern. Marktfreiheiten dürfen in den Vereinigten Staaten von Europa keinen höheren Rang einnehmen als soziale Regeln.

370

5. Wir wollen ein demokratisches Europa, keine Troika-EU!

375

In der Krise wurden nicht nur die Ökonomien Südeuropas durch Sparzwänge ruiniert, auch die Demokratie selber kam unter die Räder.

380

TechnokratInnen-Regierungen in einigen Mitgliedsstaaten und ein absurder Machtzuwachs der undemokratischen Troika (EZB, IWF und

EU-Kommission) haben gewählte
Volksvertretungen an den Rand gedrängt.

385

Wir fordern,

390

- Einen föderalen europäischen Bundesstaat, eine europäische Verfassung, die europäische Staatsbürgerschaft.

395

- Die **Entmachtung der Troika:** Gewählte Parlamente und Regierungen müssen selber entscheiden können, auch im Fall von Kreditgewährung

400

- eine **Parlamentarisierung der EU:** Das Europäische Parlament muss die vollen Gesetzgebungs- und Kontrollrechte haben. Wir möchten, dass die EU zu einem Zwei-Kammer-System umgebaut wird, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die Länderkammer stellen. Bis es soweit ist wird das Prinzip der doppelten Mehrheit für alle Politikbereiche im Ministerrat eingeführt.

405

- den Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren **EU-Regierung**, die ohne Einfluss der Mitgliedsstaaten auf Basis der Ergebnisse der Europawahlen gebildet wird. Die EU-Kommission soll dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich sein. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Parlamentarier_innen fordern wir, dass das Europäische Parlament zukünftig nur an einem Standort tagt.

410

415

- **Mitsprache der nationalen Parlamente** auch in Fragen der Europäischen Finanzpolitik. Ein Ende der Rettungspolitik der nationalen Regierungen unter Ausschluss der Parlamente.

420

425

- Überführung des europäischen Lobbyistenregisters von der Freiwilligkeit zur Verpflichtung.

430

- Wir fordern eine Vereinheitlichung des Wahlrechts zur Europawahl auf der Basis des Verhältniswahlrechts. Dies muss insbesondere eine einheitliche

435 Festsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre
sowie eine einheitliche Sperrklausel für
alle Mitgliedstaaten beinhalten. Bei
440 allen Wahlen und Volksabstimmungen
auf nationaler und europäischer Ebene
haben die UnionsbürgerInnen in dem
Mitgliedsstaat, in dem sie ihren festen
Wohnsitz haben, das Recht, an Wahlen
teilzunehmen.

- Ein europäisches Parteigesetz muss
geschaffen werden und demokratische
innerparteiliche Mindestanforderungen
beinhalten.
- Weitere Maßnahmen, die einseitig auf
eine Steigerung der
445 Wettbewerbsfähigkeit, eine verstärkte
Konkurrenz zwischen den
Mitgliedsstaaten oder den weiteren
450 Abbau des Sozialstaats zielen, wie z.B.
der geplante Pakt für
Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz,
lehnen wir daher ganz entschieden ab.
Eine vertiefte europäische Intergration
455 bedeutet für uns vor allem die
Solidarität in Europa zu vertiefen, nicht
die Konkurrenzordnung. Mehr Europa
heißt für uns, mehr soziale
Verantwortung.

460

6. Wir wollen ein Europa, das Banken in die Schranken weist!

465 Milliarden von Steuergeldern wurden in den
letzten fünf Jahren in die Rettung großer,
“systemrelevanter” Banken investiert, noch mehr
Geld steht als Garantie bereit. Zwar war die
“Rettung” der Banken kurzfristig unvermeidbar,
470 weil sonst ein noch härterer Wirtschaftseinbruch
und Massenentlassungen gedroht hätten, aber die
Neuordnung der Banken und der Finanzmärkte
ist immer noch . Es muss endlich Schluss sein
damit, dass Banken riskante Geschäfte zum
Nutzen einiger reicher Anteilseigner
475 durchführen, und die Mitgliedsstaaten mit
öffentlichen Geldern für ein Scheitern von
Banken haften.

Deshalb fordern wir:

480

- Die Umsetzung der
Finanztransaktionssteuer und ihre
Ausweitung auf die gesamte EU.
- 485 • Deutliche höhere Anforderungen an das
Eigenkapital von Banken, damit diese
selbst genügend Reserven für schlechte
Zeiten haben.
- 490 • Eine **europäische Bankenunion**, die
ein einheitliches Bankenrecht und eine
einheitliche Bankenaufsicht.
- Ein **Trennbankensystem**, dass die
Geschäft von Kunden- von
Investitionsbanken entflechtet
- 495 • Die **Einführung einer Europäischen
Bankenabgabe**, bei der alle Banken in
den Rettungsmechanismus einzahlen,
die auf dem europäischen Markt Handel
treiben.
- Europaweites **Verbot der Spekulation**
mit Nahrungsmitteln!
- 500 • Eine unbedingte erforderliche
Maßnahme ist ein System wonach ein
Teil der nationalen Schulden im
Rahmen eines europäischen
- 505 Verbundsystems (sog. Eurobonds)
begeben und besichert werden.
- Die Einrichtung eines Fonds zur
Tilgung der Altschulden für alle
Mitgliedstaaten, der sich über
- 510 gemeinschaftlich begebene und
gesicherte Anleihen finanziert, ist dabei
vordringlich.
- Steuererhöhung für Wohlhabende sowie
eine einmalige europäisch koordinierte
- 515 Vermögensabgabe für einen
notwendigen Lastenausgleich.
- Reform der europäischen Zentralbank:
Für eine Abkehr von einer allgemeinen
- 520 Fixierung auf die Inflationsvermeidung
ist es höchste Zeit. Bei der Ausrichtung
ihrer Zinspolitik soll die EZB in
Zukunft auch andere Zielgrößen – etwa
- Beschäftigung und nominelles
Wirtschaftswachstum – einbeziehen.

525

**7. Wir wollen ein Europa, das Flüchtlingen
und Asylsuchenden hilft, und sie nicht
bekämpft!**

530 Viele Menschen sind bereits an den
 Außengrenzen Europas gestorben. Sie fliehen
 vor Krieg, Hunger, Naturkatastrophen und vor
 Verfolgung. Die Antwort Europas und der
 Mehrheit der konservative und neoliberal
 535 geführten Staaten ist die Abschreckung zu
 erhöhen und die Festung Europa zu verstärken.
 Eine menschenverachtende Antwort. Wer an der
 Situation in Lampedusa und der Menschen
 anderswo etwas ändern will, der muss dafür
 540 kämpfen, dass Europas Asylpolitik humaner
 wird.

Wir fordern:

- 545 • Die **Abschaffung der
 Drittstaatenregelung** (Dublin III
 Verordnung und Aufnahmerichtlinie)
- Den kontinuierlichen **Ausbau legaler
 Einwanderungsmöglichkeiten** in die
 550 EU auf Grundlage eines gemeinsamen
 und einheitlichen europäischen
 Migrations- und
 Einwanderungsansatzes, der nicht nur
 Hochqualifizierten (BlueCard) und
 555 Studierenden, sondern auch weiteren
 Personenkreisen ernsthafte
 Einwanderungsmöglichkeiten eröffnet.
 Unser Ziel ist ein offenes Europa.
- **Legalisierung von momentan
 560 illegalisierten Migrant_innen** und die
 Straffreiheit von der irregulären Einreise
- **Keine Kriminalisierung** von
 humanitären Helfenden. Insbesondere
 darf die Rettung Schiffbrüchiger
 565 Flüchtlinge nicht länger kriminalisiert
 werden.
- Einheitliche Schutzstandards, Verfahren
 und Kriterien für die Aufnahme von
 Flüchtlingen, die ein **hohes**
 570 **Schutzniveau** garantieren, massive
 Ausweitung der Anerkennung aller
 Fluchtgründe
- FRONTEX ist von gestern! Wir fordern
 stattdessen eine neue europäische
 575 Agentur für humanitären
 Flüchtlingsschutz, die in Not geratene
 sicher an Land bringt und die Stellung
 von Asylanträgen unterstützt. Diese

580 neugeschaffene Agentur muss demokratisch legitimiert sein.

8. Wir wollen ein Europa, das junge Menschen stärkt.

585 Gerade junge Menschen nutzen die Vorteile der Europäischen Integration wie die Freizügigkeit am intensivsten. Im Moment nehmen viele junge Menschen die Freizügigkeit in der EU aber als Notausgang, um nicht Teil einer arbeitslosen

590 Generation zu werden. Damit leistet die Freizügigkeit in der EU zwar volkswirtschaftlich einen kleinen Beitrag um die Krise abzumildern, persönlich ist dies aber oft mit großen Härten verbunden. Wenn Menschen regelrecht flüchten

595 um einer darniederliegenden Ökonomie entkommen zu können, empfinden sie die Mobilität als Bürde und profitieren zudem in geringerem Maße von ihrer Auslandserfahrung. Wir wollen wieder erreichen, dass sich junge

600 Menschen freiwillig, geplant und zielgerichtet zum Lernen und Arbeiten in einem anderen Land niederlassen können. Und wir wollen aktive Jugendarbeit stärken.

605 • Es muss weiterhin eine hinreichende **Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit** auf europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei Jugendverbände ein, deren

610 Arbeit auch unabhängig von projektbasierter Förderung sichergestellt sein muss. Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt werden.

615 • Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, muss ein Ring politischer Jugend auf europäischer Ebene geschaffen werden, der die Dachorganisationen und europäischen Verbände der politischen Jugendorganisationen entsprechend Geld für ihre europäische politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellt.

620 Politische Bildungsarbeit für junge Menschen kann am ehesten durch die politischen Jugendorganisationen

625

- 630 gewährleistet werden und ist auch zur Schaffung einer europäischen demokratischen Öffentlichkeit unabdingbar.
- 635 2014 wird zum ersten Mal ein Europäisches Parlament nach dem Vertrag von Lissabon gewählt. Zum ersten Mal wird also die stärkste Fraktion im Parlament, und nicht die Mehrzahl der Regierungen im Europäischen Rat, den und die KommissionspräsidentIn bestimmen. Mit dem oder der gemeinsamen, europaweiten
- 640 SpitzenkandidatIn des PES, der oder die durch ein demokratisches Verfahren gewählt wurde, stellen wir auch unsere/n KandidatIn für diese Position. Mit einem oder einer starken, aus Wahlen direkt hervorgegangene PräsidentIn der
- 645 Europäischen Kommission erwarten wir auch Bewegung in den Bereichen der europäischen Politik, wo das Europäische Parlament noch wenige oder keine direkten Befugnisse hat. Die Europawahl ist das zentrale Signal über die
- 650 künftige Ausrichtung der EU.
- Wir wollen ein sozialistisches und demokratisches Europa. Deswegen brauchen wir eine starke SPD in einer starken SPE bei der
- 655 Europawahl 2014. Wir werden um die Stimmen für und mit der SPD, für und mit unseren europäischen Partnern, für und mit Martin Schulz kämpfen.
- 660 **Zeit für ein anderes Europa!**

Themenübergreifende Anträge

Antrag Th 1

02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)

Kosten Mitgliedervotum

5 Der Parteivorstand wird beauftragt, in einem Mitgliederbrief binnen sechs Wochen die Kosten gesondert darzustellen, die der Partei durch das Mitgliedervotum im Dezember 2013 entstanden sind (inkl. Nutzung der parteiinternen Medien wie Webseite und Vorwärts, Kosten für externe Beratung durch Medienagenturen unter Nennung der Agenturen, Kosten für Zeitungsanzeigen unter Nennung der Zeitungen).

10

Kosten Mitgliedervotum

Überweisung an die Kontrollkommission, Aussprache dazu in der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnenkonferenz und Erwähnung im nächsten Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters

Antrag Th 2

02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)

Mitgliederbegehren - Waffengleichheit

5 Bei der Durchführung von Mitgliederbegehren ist sicherzustellen, dass in den parteiinternen Medien die Pro und Kontra-Positionen inhaltlich und vom Umfang her gleichwertig und ausgewogen dargestellt werden. Abstimmungsunterlagen ist keine Empfehlung zur Abstimmung beizufügen, lediglich eine Publikation mit Darstellung der Pro- und Kontra-Positionen kann gemeinsam mit den Unterlagen versandt werden.

10

Mitgliederbegehren - Waffengleichheit

Überweisung an organisationspolitische Kommission

Antrag Th 3

Landesorganisation Hamburg

Diskriminierung nach Alter beenden

5 Der Bundesparteitag der SPD fordert die ersatzlose Streichung des §31a Abs. 2 SGB II, der für Personen unter 25 Jahren weitaus härtere Sanktionsregelungen definiert, als für Personen über 25 Jahren.

Diskriminierung nach Alter beenden

Überweisung an Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

Antrag Th 4

Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

Rentenpunkte

5 Auch Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, sind für die Erziehungszeit eines Kindes drei Rentenpunkte anzuerkennen. Es ist die Ungleichbehandlung „älterer“ Mütter aufzuheben.

Rentenpunkte

Erledigt durch Regierungsprogramm

Antrag Th 5

Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

Gute Arbeit, faire Löhne

5 Die Kommunen werden aufgefordert, bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Wahrung von fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hierbei ist insbesondere auf folgende Sachverhalte zu achten:

10 - Für die Branchen, für die es keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, soll auftragsbezogen ein Stundenlohn von 8,50 Euro gelten.

15 - Die Einhaltung der Tariftreue soll durch die öffentlichen Auftraggeber effektiv kontrolliert werden.

20 - Unangemessen niedrige Angebote werden von der Auftragsvergabe ausgeschlossen.

25 - Die Tariftreueverpflichtung gilt auch für mögliche Nachunternehmer.

30 - Die Tarifbindung soll für alle Branchen gelten, die gesetzliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz haben (nicht nur im Baugewerbe wie bisher). Die Auftragnehmer werden auch an die entsprechenden Mindestarbeitsbedingungen gebunden.
(Erläuterung: Gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz gibt es Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen aktuell in folgenden Bereichen:
Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Gebäudereinigung,

Gute Arbeit, faire Löhne

Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundes-SGK

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

- 35 Pflegebranche (Altenpflege und häusliche Krankenpflege), Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft, Abfallwirtschaft
- 40 einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst.)

Antrag Th 6

Unterbezirk Delmenhorst (Bezirk Weser-Ems)

Reform der Minijobs

Minijobs sind als normale Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

- 5 Für Kleinstarbeitsverhältnisse darf kein gesondertes Recht gelten. Alle Arbeitsplätze müssen gleich behandelt, gleich bezahlt und gleich versichert sein. Steuerliche Anreize für Arbeitgeber und für kleine Zuverdienste, die Frauen bewegen, entweder aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen oder nach der Familienphase nur „mini“ wieder einzusteigen, darf es nicht geben.
- 10

Reform der Minijobs

Überweisung an Parteivorstand

Antrag Th 7

Unterbezirk Rotenburg (Bezirk Nord-Niedersachsen)

Umschulungsunterstützung in den sozialpflegerischen Berufen

Auf Grund des großen Fachkräftemangels in den sozialpflegerischen Bereichen, ist es dringend erforderlich, bei den Möglichkeiten der

- 5 Umschulungsunterstützung der Agentur für Arbeit, eine Gleichbehandlung herzustellen, um allen Interessierten Personen die Chance der entsprechenden Ausbildung zu ermöglichen. In Bezug auf den Arbeitsmarkt und die vermehrten Anfragen, ist es erforderlich, in diesem Bereich schnellstmöglich eine Gesetzesanpassung auf den Weg zu bringen.
- 10

- 15 Hier geht es um die Erweiterung der Umschulungsmöglichkeiten (2. Bildungsweg), die von der Agentur für Arbeit unterstützt werden können. Zurzeit kann man nur zum Altenpfleger

Umschulungsunterstützung in den sozialpflegerischen Berufen

Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

20 umgeschult werden, da hier das 2/3 Prinzip
abgeschafft worden ist. Das bedeutet, dass nach
dem gültigen Gesetz seitens der Agentur für
Arbeit nur eine Umschulung finanziert wird, in
der die Ausbildungszeit des neu zu erlernenden
Berufes auf zwei Jahre reduziert werden kann.

25 Im Bereich der Altenpflege wurde diese
Zeitbindung aufgehoben und somit ist ein
Umschüler, der sich für diesen Beruf entscheidet,
in der Lage, seine zweite Ausbildung mit voller
Unterstützung der Agentur für Arbeit
30 durchzuführen.

In allen anderen sozialen Berufen gilt dies nicht.
Wenn man sich zum Krankenpfleger,
Kindergärtnerin oder Heilerziehungspfleger
35 umschulen lassen möchte, bekommt man
keinerlei Unterstützung von der Agentur für
Arbeit, auch wenn man nach eingehender
Prüfung zu einer Umschulung berechtigt ist. In
den besagten Berufen kann man die Ausbildung
40 nicht auf zwei Jahre verkürzen.

Personen, die sich später für diese Berufszweige
entscheiden, haben sich sehr eingehend mit
diesen Berufen und ihren Anforderungen
45 auseinandergesetzt. Damit sie die
Voraussetzungen für dieses Berufsfeld
nachweisen können, haben sie meistens ein
Bundesfreiwilligenjahr in den besagten
Betreuungsbereichen absolviert und wissen somit
50 definitiv was sie beruflich erwartet und bleiben
in dem neuen Beruf voraussichtlich bis zum
Ende Ihres Berufslebens tätig.

Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition
55 ist unter dem Punkt der aktiven
Arbeitsmarktpolitik einiges zur Verbesserung der
ausreichenden Qualifizierung für
Langzeitarbeitslose zu finden. Unter dem Punkt
„2. Chance“ eröffnen sich für junge Erwachsene
60 ohne Berufsabschluss neue erweiterte
Möglichkeiten.

Leider sind unter diesem Punkt die jungen
Erwachsenen nicht aufgenommen, die auf Grund
65 einer nicht angepassten Berufsentscheidung im
ersten Anlauf, den Weg über den zweiten
Bildungsweg korrigieren wollen um eine

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

zukunftsorientierte Qualifikation zu erlangen.

Antrag Th 8

Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)

Asyl für Edward Snowden

5 Der Parteivorstand und der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich unmissverständlich für politisches Asyl für Edward Snowden in Deutschland einzusetzen.

10 Der Hinweis darauf, dass der Aufenthalt in Deutschland für Snowden möglicherweise nicht sicher ist und von daher ein Asyl nicht in Betracht kommt, ist ein Ausweichen vor dem grundsätzlichen Bekenntnis zu Schutz und Asyl für Edward Snowden.

Asyl für Edward Snowden

Überweisung an Bundestagsfraktion

Antrag Th 9

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Aktives kommunales Wahlrecht mit 16

5 Die SPD setzt sich dafür ein, die Ausübung des aktiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene bereits Jugendlichen ab 16 Jahren zu ermöglichen.

Aktives kommunales Wahlrecht mit 16

Annahme

Antrag Th 10

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Sprachkurse für alle Zuwanderer

5 Die SPD möge sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass auch Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf einen, kostenlosen, Sprach- und Orientierungskurs haben.

Sprachkurse für alle Zuwanderer

Annahme

Antrag Th 11
Ortsverein Hannover Mitte (Bezirk Hannover)

**Datenschutz verbessern-
Informationelles
Selbstbestimmungsrecht stärken**

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen und die SPD-Bundestagsfraktion auffordern:

5 Es kann als Glück betrachtet werden, dass die USA und Großbritannien die ersten bekannten Länder sind, die weltweit demonstrieren, wie detailliert und umfangreich Überwachung stattfinden kann. Es ist aber nur eine Frage der

10 Zeit, bis diese Technologie wenigstens zu großen Teilen auch autokratischen Regimen zur Verfügung steht und demokratische Prozesse in diesen Ländern blockiert. Daher gilt es jetzt, die Möglichkeiten zur Überwachung zu verhindern.

15 Es hat sich gezeigt, dass deutsche Gesetzgebungsvorschriften zum Datenschutz keine Auswirkung auf das Verhalten ausländischer Dienste haben kann. Deswegen schlagen wir einen Paradigmenwechsel in der

20 deutschen Politik und die gezielte Förderung der Verwendung von Verschlüsselungstechnologie vor.

25 Deswegen fordern wir unter anderem folgende Punkte:

- Schärfere Sanktionierung von Firmen, die in Deutschland nutzbare Services anbieten, aber nicht deutsche

30 Datenschutzbestimmungen einhalten.

- Schärfere Sanktionierung von Firmen im Inland, die mit ausländischen Geheimdiensten oder Behörden aktiv oder passiv kooperieren, um diesen

35 Einrichtungen Datensammlung über oder Überwachung von bundesdeutschen BürgerInnen zu ermöglichen, die nicht den Vorstellungen des deutschen

40 Datenschutzrechts entsprechen.

- Für Software, die zur gezielten oder massenhaften Überwachung von Personen oder Einrichtungen geeignet

**Datenschutz verbessern-
Informationelles
Selbstbestimmungsrecht stärken**

Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

- | | |
|----|--|
| 45 | <p>ist, sollte eine Weiterverbreitung verboten werden, analog zu Waffenkontrollgesetzen.</p> |
| | <ul style="list-style-type: none"> • Keine Lieferung von Überwachungstechnologie an autokratische oder repressive Regime. |
| 50 | <ul style="list-style-type: none"> • Herstellung und gezielte finanzielle Förderung von einfach / intuitiv zu nutzender Verschlüsselungstechnologie in Deutschland. |
| 55 | <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Medienkompetenz der BundesbürgerInnen in Schulen und Hochschulen und Sensibilisierung bzgl. Datenschutz und zur korrekten Nutzung von Verschlüsselungstechnologie und hierzu gezielte finanzielle |
| 60 | <p>Zuwendungen an Schulen und Hochschulen.</p> |
| 65 | <ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung und Verschärfung des deutschen Datenschutzes auch für die neuen Herausforderungen, die durch die Enthüllungen in der NSA-Spähaffäre entstanden sind. |
| 70 | <ul style="list-style-type: none"> • Bei deutscher Polizeiarbeit fordern wir eine Wiederherstellung der verdachtsabhängigen Überwachung und somit Verlagerung auf Methoden, die gezielt auf Kriminelle angesetzt wird, statt Vorratsdatenspeicherung. |
| 75 | <ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Bestrafung bei Anwendung von illegaler Massendatensammlung oder Rasterfahndungsmethoden (z.B. massenhafte, nachträglich als illegal erkannte Sammlung von Mobilfunkdaten durch |
| 80 | <p>Polizeibehörden).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der (Bundes-)Datenschutzbeauftragten (Mitbestimmungsrechte, ggf. (erweiterte) Weisungsrechte). |
| 85 | <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines ständigen Experten/Expertin oder ExpertInnen-Kommission für digitale Medien, besetzt mit Personen mit qualifizierenden (Hochschul-)abschlüssen. |
| 90 | <ul style="list-style-type: none"> • Internationale Firmen aus dem Ausland, die Services in Deutschland anbieten, sollen verpflichtet werden ihre |

95 Datenzentren nach Möglichkeit innerhalb Europas zu halten (EU-Clouds).

Antrag Th 12

Bezirk Hannover

Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen

5 Die SPD steht für eine moderne Netzpolitik, die den freien, schnellen und sicheren Zugang zum Internet für alle Menschen in allen Regionen unseres Landes sicherstellt. Der Ausbau der Internetinfrastruktur hat für uns höchste Priorität – und dabei wollen wir auch für faire Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb stehen wir für folgende politische Eckpunkte:

10

1. Eine gesetzliche Festlegung der Netzneutralität, damit das Internet weiterhin frei und offen für alle NutzerInnen bleibt.

15

2. Ein Verbot der Entschleunigung von Festnetzgebundenen und mobilen Internetanschlüssen, sofern diese als „Flatrate“ vermarktet werden.

20

3. Eine gesetzliche Übernahme- und Betriebsmöglichkeit von Leitungsinfrastruktur in kommunale Hand oder durch kommunale Stadtwerke im Zuge einer Netzkonzessionierung.

25

4. Den Ausbau des breitbandigen Glasfaser-Netzes für alle NutzerInnen, auch in ländlichen Regionen. Als Ergänzungstechnologie bei nur unwirtschaftlichen Erschließungsbedingungen kann der LTE-Ausbau forciert werden.

30

5. Eine gesetzliche Absicherung der Rechtssicherheit (Begrenzung der „Störerhaftung“) von Anbietern freier WLANs, insbesondere jener, die durch öffentliche Stellen wie z.B. Kommunen angeboten werden.

35

6. Eine gesetzliche Absicherung der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre der NutzerInnen durch ein Verbot von kombinierender Datenverwertung mit dem Ziel

Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen

Erledigt durch Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag

Anträge	Empfehlungen
---------	--------------

40 der NutzerInnenkontrolle (so z.B. Technologien wie „Deep Packet Inspection“ (DPI)).

Antrag Th 13

Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

"Peenemünde" mit Hilfe des Bundes als Museum und Gedenkstätte entwickeln

5 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich im Benehmen mit der SPD-Landtagsfraktion MV und dem sozialdemokratischen Deutsch-Polnischen Kulturforum Odermündung e.V. bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Bund bei der Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Heeresversuchsanstalt und der ehemaligen Versuchsstelle der Luftwaffe in Peenemünde Verantwortung übernimmt.

15 Die beiden ehemaligen Konzentrationslager in Peenemünde sind durch die finanzielle Unterstützung des Bundes künftig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies kann durch die Einrichtung einer Gedenkstätte in Verbindung mit dem vorhandenen Historisch-Technischen Museum erfolgen.

20 Die ehemaligen Konzentrationslager liegen ohnehin auf bundeseigenem Boden. Der Bund soll ebenfalls die Rolle der Zwangsarbeiter und des Widerstandes stärker erforschen helfen.

25 Die Einbeziehung der polnischen Nachbarn ist dabei wichtig.

"Peenemünde" mit Hilfe des Bundes als Museum und Gedenkstätte entwickeln

Annahme

Antrag Th 14

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)

Keine Mauschelei bei Toll-Collect

5 Die SPD befürchtet, dass Kanzlerin Merkel mit Toll-Collect eine milliarden schwere Mauschelei zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland eingehen und nachträgliche Spenden nicht ablehnen wird. Der Bundesparteitag fordert die geschäftsführende Bundesregierung auf, die

Keine Mauschelei bei Toll-Collect

Überweisung an Bundestagsfraktion

10 Schadenersatzsumme, die aus dem verzögerten Start des LKW-Maut-Systems aufgelaufen ist, vollständig einzufordern (5 Milliarden Euro). Der Bundesparteitag geht davon aus, dass mit Auslaufen des Toll-Collect-Vertrages im Jahre 2015 diese kostenlos an die Bundesrepublik

15 Deutschland fallen wird, wie vertraglich vereinbart. Der Bundesparteitag geht davon aus, dass die beiden Toll-Collect-Partner Telekom AG und Daimler AG in der Lage sein werden, die

20 vereinbarten Zahlungen zu leisten.

Antrag Th 15
Bezirk Hannover

Keine Privatisierung des Trinkwassers. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben

5 Am 24. Januar 2013 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz in Brüssel über die Konzessionsrichtlinie abgestimmt und sie mehrheitlich angenommen. Es geht darin um die Übertragung von Nutzungsrechten durch Behörden an Privatunternehmen, zum Beispiel beim Autobahnbau, aber auch bei der Wasserversorgung.

10 Die Richtlinie wird die Kommunen zwingen, unter bestimmten Bedingungen den Betrieb der Wasserversorgung europaweit auszuschreiben.

15 Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sich dafür eingesetzt, den gesamten Bereich der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herauszunehmen. Ebenso hat die SPD-Bundestagsfraktion mit einem eigenen Antrag die Bundesregierung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgefordert, die geplante Richtlinie abzulehnen.

25 Die Wasserversorgung ist am besten in öffentlicher Hand aufgehoben. Nur so kann dauerhaft eine gute Qualität der Wasserversorgung zu bezahlbaren Preisen sichergestellt werden.

30 Es besteht keine Notwendigkeit, bewährte

Keine Privatisierung des Trinkwassers. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben

Nichtbefassung (wurde als U 48 auf dem o. Bundesparteitag 2013 behandelt)

35 Formen guter und bezahlbarer öffentlicher Wasserversorgung denselben Marktregeln zu unterwerfen wie es bei privaten Anbietern erforderlich ist!

40 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in keiner Weise im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Wasserversorgung in öffentlicher Hand eingesetzt. Vielmehr hat sie im Rat dem Vorschlag der Kommission zugestimmt und nimmt somit billigend in Kauf, dass hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung in Deutschland gefährdet wird. Gerade in der Wasserversorgung wird hier Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht.

50 – Die Aufnahme der Trinkwasserversorgung in die Dienstleistungskonzession der EU und somit die Privatisierung der Wasserversorgung wird abgelehnt.

55 – Die vorhandenen und bewährten Strukturen der öffentlichen Wasserversorgung in Deutschland sollen beibehalten werden.

60 – Die Mitglieder der SPD-Ortsvereine mögen das Europäische Bürgerbegehren „Wasser ist Menschenrecht“ – mit bereits jetzt mehr als einer Million Unterschriften – ebenfalls mit ihrer Unterschrift auf der Internetplattform <http://www.right2water.eu> unterstützen.

– Die Landes- und Bundesparteitage werden aufgefordert ebenfalls diesen Beschluss zu fassen.

Antrag Th 16
Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)

Durchführung und Neuausrichtung der Energiewende

5 Deutschland steht mit der Energiewende von der Stromerzeugung aus Atomenergie zu einem deutlich höheren Anteil der Erneuerbaren Energien vor einer seiner größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Diese Herausforderung gilt es aktiv zu gestalten. Wir wollen neue Perspektiven für Deutschlands

Durchführung und Neuausrichtung der Energiewende

Erledigt durch Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag

10 Energiepolitik.

Die Energiewende muss unter Beachtung sozialdemokratischer Grundsätze für alle Verbrauchergruppen bezahlbar, transparent, versorgungssicher, wirtschaftlich und netzkonform gestaltet werden. Dabei müssen die drei Säulen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie, soziale Verantwortung), sowie der Klimaschutz elementare Bestandteile einer Energiewende sein.

Unsere Forderungen für eine Energiewende, die sozialdemokratische Grundsätze beachtet, sind die folgenden:

25

1. Energieversorgung

1.1. Strom

- a. Der Einsatz regenerativer Energie im Strombereich ist weiterhin konsequent zu fördern. Die Förderung ist kontinuierlich an die geänderten Bedingungen eines zukünftigen Strommarktes anzupassen.
- b. Das Prinzip des EEG (garantierte Einspeisevergütung, sowie die vorrangige Einspeiseregulierung für Strom aus Erneuerbaren Energien) ist für jede einzelne Erzeugungsart beizubehalten, bis die jeweilige Erneuerbaren Energienart mit konventionellen Stromerzeugungspreisen (nicht nur Verbrauchspreisen) konkurrieren kann.
- c. Dieses wird umso schneller erreicht, wenn die externen Kosten bei der konventionellen Stromerzeugung aus Kohle- und Atomkraft, in den Erzeugungspreis mit eingerechnet werden muss. Eine neue Energiepreis-Berechnung ist so zu gestalten, dass für alle Erzeugungsarten eine vergleichbare Preisgestaltung möglich ist. Diese Preisgestaltung ist transparent den einzelnen Verbrauchergruppen zugänglich zu machen.
- d. Die EEG-Umlage muss voll und ganz für die noch vorhandenen Mehrkosten der regenerativen Stromerzeugung verwendet werden.
- e. Am Atomausstieg ist festzuhalten und die Abschaltfristen sind entsprechend einzuhalten.
- f. Alte Kohlekraftwerke sind sukzessive stillzulegen, neue dürfen nicht mehr errichtet werden. Hierzu sind die CO₂-Zertifikate analog

- 60 zur Abschaltung von Kohlekraftwerken
kontinuierlich und dauerhaft dem Markt zu
entziehen.
- g. Neue Braunkohle-Abbaugelände sind nicht
weiter zu erschließen (Garzweiler 2)
- 65 h. Wo Grundlast oder Regelenergie noch aus
Nicht-EE-Quellen bereitgestellt werden muss, ist
diese sukzessive auf Gas umzustellen. Diese
Erzeugung ist weniger klimaschädlich, leicht und
schnell regelbar und geeignet für dezentrale
Kraft-Wärme-Kopplung.
- 70 i. Die Versorgungsstrukturen zu lokalen und
regionalen Anbietern wie Stadtwerke,
Bürgerenergiegenossenschaften sind zu
intensivieren. Deren Neuaufbau, sowie die
Rekommunalisierungen führen dazu, dass
- 75 energiewirtschaftliche Entscheidungen sich nach
dem Bedarf der Verbraucher richten – statt nach
den Kapitalinteressen.
- j. Der Ausbau und die Erweiterung der
Verteilnetze ist ein weiterer wichtiger Bestandteil
- 80 der Energieversorgung. Die Verteilnetze bilden
das Rückgrat der Netzstruktur und der
Energiewende und sind zu intelligenten Netzen
(Smart Grid) auszubauen. Die Verteilnetze sind
zu rekommunalisieren. Sie tragen damit zur
- 85 Finanzierung der Kommunen bei und erlauben
den Kommunen darüber hinaus eine
Einflussnahme auf die Preisgestaltung der
Strompreise, insbesondere im Bereich der
Verbrauchergruppen im sozial schwachen
- 90 Segment. Für eine Rekommunalisierung der
Verteilnetze sind den Kommunen entsprechende
Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Bei den
Übertragungsnetzen ist die Erdverkabelung auch
über die Pilotprojekte hinaus zu ermöglichen und
- 95 entsprechend zu fördern.
- k. Rabattierungen für sogenannte
Energieintensive Unternehmen sind auf ein
verträgliches Niveau zurückzuführen und EU-
rechtskonform zu gestalten. Eine notwendige
- 100 Rabattierung ist ausschließlich für Unternehmen
die im internationalen Wettbewerb stehen zu
gewähren und an entsprechend strenge Maßstäbe
zu knüpfen. Der Gewährung einer solchen
Rabattierung ist nur zuzustimmen, wenn
- 105 gleichzeitig die Energieeffizienz gesteigert wird
und der Einsatz von Erneuerbaren Energien

gefördert wird.

110 **1.2. Wärme**

a. Der Bedarf an Heizungswärme ist durch breitenwirksame Energieeinsparprogramme flächendeckend auf einen Bruchteil zu senken. Dazu gehören massive energetische Sanierungen bei Altbauten oder der Passiv- und Nullenergie-Standard bei Neubauten. Hierbei sind auch Vermieter nach dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Eine entsprechende Förderung ist insbesondere auch einkommensschwachen Eigentümern zur Verfügung zu stellen.

115
120
125 b. An Stelle von nur Wärme erzeugender Heizkessel sind flächendeckend Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu fördern (Mikro-KWK, Blockheizkraftwerke mit entsprechenden lokalen Wärmenetzen).

1.3. Verkehr

a. Hier ist eine konsequente Umstrukturierung zur Verminderung des Individualverkehrs notwendig.

b. Die Umstellung auf Strom als Antriebsenergie ist zielgerichtet auszubauen.

c. Eine Besteuerung von Flugbenzin, zumindest im Inland, und eine Erhöhung der Mineralölsteuer sind zu überlegen. Sie ist ausschließlich zweckgebunden für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen.

d. Die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, wie auch die Förderung eines für den Fahrgast attraktiven ÖPNV-Netzes (elektrisch betrieben) ist weiter zu intensivieren.

e. Bio-Kraftstoffe können nur zum sehr kleinen Teil den heutigen Kraftstoff-Verbrauch ersetzen. Wegen ihrer zum Teil schlechten Ökobilanz sind sie nicht weiter zu fördern.

f. Der Import von Biokraftstoffen erfüllt nicht einmal die einfachsten Kriterien von Nachhaltigkeit und ist zu unterlassen.

150

2. Energiemedien

Die Solarenergie und die Windenergie sind die beiden zentralen Elemente der zukünftigen Energieversorgung. Weitere Medien der regenerativen Energie können, insbesondere für

155

den Übergang, genutzt werden.

2.1. Solarenergie

- 160 a. Die Photovoltaik (PV) ist kontinuierlich
auszubauen
- b. Für den weiteren –auch großflächigen- Ausbau
der Photovoltaik über den
165 jeweiligen Eigenverbrauch hinaus, bedarf es
weiterhin einer investitionsgerechten
Einspeisevergütung. Hierbei sind insbesondere
auch Flächen von Industriebauten und
gewerblich genutzte Bauten zu berücksichtigen.
170 Eine stärkere Nutzung der PV bei Bauvorhaben
ist durch eine entsprechende Änderung im
Baugesetzbuch (BauGB) einzufordern, damit bei
der Aufstellung von Bebauungsplänen die
Nutzung der PV von den jeweiligen Behörden
175 verbindlich und sinnvoll berücksichtigt werden
kann.
- c. Die PV-Industrie und das solartechnische
Gewerbe sind durch verlässliche, stabilisierende
Rahmenbedingungen zu erhalten.
- d. Der Beitrag der Solarenergie zur
180 Gebäudeheizung durch passive Nutzung und
Solarthermie ist weiter zu fördern.
- e. Die heute wirtschaftliche Erzeugung von
Solarstrom für den Eigenverbrauch ist nicht
185 durch Abgaben zu erschweren, sondern ist durch
die Förderung von Batteriespeichern an den
Einbau solcher Speichersysteme zu koppeln.

2.2. Windenergie

- 190 a. Die z.Zt. von Stillstand bedrohte Offshore-
Windbranche ist durch ein Sofortprogramm am
Leben zu erhalten.
- b. Die Windenergie im Binnenland (Onshore) ist
verstärkt zu fördern. Die Projektentwicklung und
die Standortwahl sind zu entbürokratisieren.
- 195 c. Lokale und regionale Betreiber wie z.B.
Bürgerenergiegenossenschaften sind dabei
bevorzugt vor externen Betreibern zu behandeln.
- d. Mit Blick auf die mobilisierbaren Potenziale
im Binnenland sind die Offshore-Ziele weiter
200 anzupassen bzw. zu reduzieren. Die Ziele der
Offshore Windenergie sind Sinnvollerweise auf
die europaweiten Bedürfnisse der
Stromwirtschaft abzustimmen.

2.3. Energiespeicher

- 210 a. Allgemein gilt: Netze sind billiger als Speicher, ihnen ist ggf. unter Wirtschaftlichkeits-Gesichtspunkten der Vorzug einzuräumen.
- b. Pumpspeicherwerke sind vergleichsweise günstige Speicher für elektrische Regelenergie. Sie sind, wo sie wirtschaftlich bedroht sind, zu erhalten und ggf. auszubauen.
- 215 c. Dezentrale Batteriespeicher in Wohn-, Gewerbe- und Industriegebäuden sind zu fördern und weiterzuentwickeln. Sie erhöhen den Eigenverbrauchsanteil und können Regelenergie bereitstellen. Um sie Netz stabilisierend einzusetzen, ist den örtlichen Netzbetreibern ein teilweiser Zugriff auf den Speicherbetrieb zu
- 220 gestatten.
- d. Statt überschüssigen EE-Strom zu vernichten, oder durch Abschaltungen gar nicht erst entstehen zu lassen, ist diese Energie auch als Wärme dezentral einzuspeisen. Hierfür werden
- 225 ggf. neue dezentrale Wärmespeicher benötigt.
- e. Weiterführende Forschungen im Bereich Speichertechnologie (z.B. Methangas aus Sonne- und Windenergie) ist notwendig und entsprechend zu fördern.

Antrag Th 17

Ortsverein Insel Usedom (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Berlin-Usedom/Uznam in 2 Stunden durch Wiederherstellung der Eisenbahn-Südanbindung der Insel Usedom

5 Die alte Schienenverkehrsverbindung von Berlin nach Swinoujście/Swinemünde auf der deutsch-polnischen Insel Usedom soll wiederhergestellt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung unverzüglich dazu die erforderlichen Vorprüfungen veranlasst:

- 10
1. Wirtschaftlichkeitsanalyse
 2. Vorentwurfsplanung
 3. Vorbereitung eines Staatsvertrages zwischen Deutschland und Polen

Berlin-Usedom/Uznam in 2 Stunden durch Wiederherstellung der Eisenbahn-Südanbindung der Insel Usedom

Überweisung an Bundestagsfraktion

Antrag Th 18*Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)***Bundeswehrstandorte**

Die SPD begrüßt die Forderung, Bundeswehr-Standortschließungen zu überprüfen.

5 Der SPD-Bundesparteitag begrüßt die Forderung des SPD-Verhandlungsführers für den Bereich "Bundeswehr", Rainer Arnold, das Konzept der Schließung von Bundeswehr-Standorten grundsätzlich zu überprüfen.

10 Der SPD-Bundesparteitag unterstützt nachdrücklich die Forderung des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Roth, den mit Zig-Millionen-Euro Aufwand in Schuss gebrachten Standort Rotenburg nicht zu schließen: "Je eher diese verhängnisvolle

15 Entscheidung zurückgenommen wird, desto besser." Die SPD geht davon aus, dass diese Position von in der Region verankerten, namhaften Organisationen und Parteien unterstützt wird.

20

Bundeswehrstandorte

Überweisung an Kommission Sicherheit und Bundeswehr des Parteivorstandes

Wahl Parteivorstand

Wahlvorschlag 1

Parteivorstand

Stellvertretender Vorsitzender:

Stegner, Ralf

Generalsekretärin:

Fahimi, Yasmin

Schatzmeister:

Nietan, Dietmar

Europa neu denken.



Anträge
zum außerordentlichen
Bundesparteitag in Berlin

26. Januar 2014, Arena Berlin